



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz

Es informiert Sie:	Cornelia Brinkhoff
Telefon:	02104/99-1633
Fax:	02104/99-4575
E-Mail:	cornelia.brinkhoff@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 19.03.2019

Niederschrift

zur Sitzung des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz

Sitzungstermin Donnerstag, den 14.03.2019, 15:00 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.601 (großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Udo Switalski

Mitglieder

Dirk Brixius

Jürgen Bullert

Ingmar Janssen

Marc Kammann

Martina Köster-Flashar

Friedrich-Ernst Martin

Bernd Müller

Arno Nell

Renate Petschull

Helmut Rohden

(bis 16.34 Uhr)

Christine Trube

Erhard Weber

Peter Werner

Sebastian Wladarz

Verwaltung

Cornelia Brinkhoff

Désirée Geisler

Nils Hanheide

Daniela Hitzemann

Thomas Jarzombek

Torsten Schams

Dorothea Stangier

Stefanie Wiesemann

(bis 15.41 Uhr)

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
- 1.1. Eröffnung der Sitzung
- 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.3. Feststellung der Anwesenheit
- 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.5. Feststellung der Tagesordnung
- 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichtstattern für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 19.11.2018
3. Informationen der Verwaltung
4. Bestellung einer stellvertretenden Schriftführerin 32/002/2019
5. Bericht über offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz aus dem Jahr 2018 32/001/2019
6. Aktuelles aus dem Ausländeramt 33/001/2019
7. Aktuelles aus dem Bevölkerungsschutz 32/003/2019
8. Betriebsabrechnung 2016 für das Notarztsystem des Kreises Mettmann 32/004/2019
9. Mobile Retter im Kreis Mettmann hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 24.01.2019 32/005/2019
10. Nutztier- und Schlachtbetriebe im Kreis Mettmann - Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vom 27.02.2019 39/001/2019
11. Nachträge
- 11.1. Auskunft über Gewerbebetriebe mit Lebensmittelbezug nach dem Verbraucherinformationsgesetz (VIG) - Anfrage der CDU-Fraktion vom 07.03.2019 39/002/2019

Nicht öffentlicher Teil

12. Informationen der Verwaltung
13. Nachträge

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Der Vorsitzende, Herr KA Switalski, eröffnet die Sitzung um 15:01 Uhr und stellt fest, dass die Mitglieder ordnungsgemäß geladen worden sind.

Anschließend stellt er die Anwesenheit unter Berücksichtigung der Vertretungen sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Die Tagesordnung wird festgestellt.

Als Berichterstatter für den Kreistag für den TOP 8 wird Herr KA Kammann von der CDU-Fraktion benannt.

Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 19.11.2018

Der Ausschuss genehmigt die Niederschrift zur Sitzung vom 19.11.2018 einstimmig.

Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung

Herr Hanheide informiert den Ausschuss über eine Krisenstabsübung, die am Tag der Sitzung stattgefunden hat. Zum Hintergrund der Übung berichtet Herr Jarzombek, dass die Durchführung einer Tierseuchenübung landesweit durch das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) angeordnet worden sei.

Übungsszenario sei der Fund eines positiv auf ASP beprobten Wildschweins auf dem Gebiet der Stadt Hilden, nahe der A3, gewesen. Die Bewältigung einer Tierseuche sei so durch das Amt für Verbraucherschutz und den Krisenstab gemeinsam geübt worden. Der Fokus habe auf der Anwendung des für die Bekämpfung von Tierseuchen vorgegebenen Fachprogramms und dem Zusammenspiel der Mittel des Tierseuchenkontrollzentrums und des Krisenstabs gelegen.

Insgesamt sei die Übung positiv verlaufen.

Des Weiteren informiert Herr Jarzombek den Ausschuss, dass die Bekämpfung der Schwarzarbeit nach Besetzung der zwei im Stellenplan 2019 vorgesehenen Stellen wieder intensiviert werde. Mit der Besetzung der Stellen sei im Laufe des Jahres zu rechnen.

In diesem Zusammenhang habe es im Dezember 2018 im Kreistag einen Hinweis auf das Remscheider Modell gegeben.

Bei dem Remscheider Modell handele es sich um eine enge Kooperation zwischen der Kreishandwerkerschaft Remscheid und dem Ordnungsamt der Stadt Remscheid. Die Kreishandwerkerschaft Remscheid biete beispielsweise Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen an, stelle Literatur und Druckerzeugnisse (Info-Flyer etc.) sowie technische Ausstattung zur Verfügung. Außerdem würden die Innungen bei Abgrenzungsfragen im betroffenen Handwerk unterstützen.

Sobald die notwendigen Strukturen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit beim Kreis Mettmann wieder bestehen, sollen Gespräche mit der Kreishandwerkerschaft zu einem ähnlichen Modell aufgenommen werden. Darüber hinaus sei geplant, bezüglich der Zusammenarbeit Gespräche mit dem Zoll, den anderen Städten und den Finanzämtern zu führen.

Herr Hanheide führt anschließend aus, dass sowohl die grauen und rosafarbenen Führerscheine als auch die Führerscheine im Chipkartenformat umgetauscht werden müssen, um eine Befristung der Führerscheine auf 15 Jahre zu gewährleisten.

Der Umtauschzeitraum sei nach Ausstellungs- bzw. Geburtsjahr gestaffelt. Zu näheren Informationen verweist Herr Hanheide auf die Homepage des Kreises Mettmann.

Der Austausch der Führerscheine stelle einen zusätzlichen Aufwand für die Verwaltung dar. Bisher sei dafür noch kein zusätzliches Personal im Stellenplan berücksichtigt, da zunächst versucht werde, den Mehrbedarf mit vorhandenen Mitteln zu lösen. Allerdings sei festzuhalten, dass es sich bei dem Austausch der Führerscheine um eine Daueraufgabe handle. Für die erste Umtauschfrist seien ca. 33.000 Führerscheininhaber ermittelt worden. Derzeit würden lediglich einige Hundert Führerscheine pro Jahr umgetauscht.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Zu Punkt 4: Bestellung einer stellvertretenden Schriftführerin - Vorlage Nr. 32/002/2019
--

Herr KA Switalski stellt Frau Walterschen kurz vor und verweist im Übrigen auf die Vorlage.

Beschluss:

Frau Alexandra Walterschen wird zur stellvertretenden Schriftführerin des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz bestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 5: Bericht über offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz aus dem Jahr 2018 - Vorlage Nr. 32/001/2019

Der Ausschuss nimmt den Bericht über offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz aus dem Jahr 2018 zur Kenntnis.

Zu Punkt 6: Aktuelles aus dem Ausländeramt - Vorlage Nr. 33/001/2019
--

Frau Geisler informiert den Ausschuss anhand einer PowerPoint-Präsentation (*Anlage 1*) über die neue Organisationsstruktur sowie die aktuellen Aufgaben des Ausländeramtes, die Veranstaltungen für die haupt- und ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe tätigen Personen, die Überprüfung der Anerkennung von Flüchtlingen sowie die Umsetzung der Digitalisierung.

Im Anschluss erkundigt sich Frau KA Köster-Flashar, wie die Attraktivität der Stellen im Ausländeramt erhöht werden könne, um der hohen Fluktuation entgegen zu wirken.

Herr Hanheide erläutert, dass die Problematik einer hohen Fluktuation das ganze Dezernat III betreffe. Das Ausländeramt sei durch die Bewilligung der zusätzlichen Planstellen durch den Kreistag bereits gut unterstützt worden. Die Schwierigkeit bestehe jedoch darin, diese Stellen nun auch zu besetzen, da von allen Verwaltungen Personal gesucht werde. Die Themen der Personalbindung und -qualifizierung würden im Personalmanagementkonzept behandelt, an dem die Verwaltung derzeit arbeite. Das Konzept solle noch in diesem Jahr dem Kreistag vorgestellt werden.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 7: Aktuelles aus dem Bevölkerungsschutz - Vorlage Nr. 32/003/2019

Herr Schams berichtet anhand einer PowerPoint-Präsentation (*Anlage 2*) über die Umsetzung der Interimsleitstelle und den Neubau der Kreisleitstelle, den Rettungsdienstbedarfsplan, die geplante Reform der medizinischen Notfallversorgung, die Finanzierung der Notfallsanitäterausbildung durch die Krankenkassen, die Warnung der Bevölkerung sowie vorbereitende Maßnahmen bei einer Störung in kerntechnischen Anlagen.

Im Anschluss erkundigt sich Herr SB Brixius nach der Ursache für den Anstieg der Notarzteinsätze.

Als einen Grund nennt Herr Schams die Veränderungen in der Notfallversorgung der Bevölkerung. Bundesweit werde festgestellt, dass die Versorgung durch Kassenärzte abnehme. Daher würden die Bürger dazu tendieren, direkt den Notarzt zu rufen bzw. Hilfe in der notärztlichen Aufnahme zu suchen.

Auf Nachfrage von Herrn KA Kammann teilt Herr Schams mit, dass aktuell nicht bekannt sei, wie oft die Notärzte des Kreises Mettmann in den angrenzenden Kommunen tätig werden. Diese Zahlen müssten zunächst von den dortigen Trägern angefordert werden. In diesem Zusammenhang weist Herr Hanheide darauf hin, dass die Disposition der Krankentransporte für alle zehn kreisangehörigen Städte sehr erfolgreich über die Kreisleitstelle laufe.

Frau KA Köster-Flashar gibt zu bedenken, dass in der Bevölkerung nicht bekannt sei, dass bei der Verständigung eines Notarztes der Standort des Anrufers dafür ausschlagend sei, in welcher Leitstelle der Anruf aufläuft. So werde teilweise der Notarzt der Nachbarstadt informiert. Herr Schams erläutert, dass dies lediglich an den Grenzen des Kreises vorkommen könne, solche Fälle jedoch immer seltener auftreten. Wichtig sei dann die Vernetzung der Leitstellen, damit der Notruf entsprechend weitergeleitet werde.

Im Weiteren erkundigt sich Frau KA Köster-Flashar, inwieweit die Vereinigung der Notärzte bereits zum Thema TeleNotarzt Stellung genommen habe.

Herr Schams führt aus, dass der TeleNotarzt als eine Ergänzung zur Optimierung des bestehenden Systems gesehen werde. Insbesondere junge Notärzte könnten sich weitere Unterstützung holen und der TeleNotarzt stünde auch dann zur Verfügung, wenn kein Notarzt vor Ort sein könne. Der TeleNotarzt dürfe jedoch nicht zur Kostensenkung im Notarztsystem führen.

Herr Hanheide ergänzt, dass die Idee des TeleNotarztes aus dem ländlichen Raum stamme, da die Notarztrekrutierung dort schwierig sei. Der TeleNotarzt solle dort dazu dienen, die Notarztversorgung auf den bestmöglichen Stand zu heben. Das Pilotmodell in der Städteregion Aachen verlaufe positiv. Die Leitstelle sei dort permanent mit einem zusätzlichen Notarzt besetzt.

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 8: Betriebsabrechnung 2016 für das Notarztsystem des Kreises Mettmann - Vorlage Nr. 32/004/2019

Herr KA Switalski verweist auf die umfassende Vorlage.

Herr Jarzombek erläutert, dass die Betriebsabrechnung für das Jahr 2016 erst jetzt erstellt werden konnte, da sie abhängig von den tatsächlichen Personalkosten für die Disponenten sei. Außerdem sei die komplizierte Umrechnung durch einen Personalwechsel in diesem Bereich erschwert worden. Auch sei hinzugekommen, dass die durch die kreisangehörigen Städte übermittelten Einsatzzahlen nachbearbeitet werden mussten. Die aufwändige Verrechnung

entfalle nun aber durch das ausschließlich eigene Personal in der Leitstelle. Von daher sei davon auszugehen, dass die Abrechnungen zukünftig wieder zeitnah erstellt werden können. Herr Hanheide betont, dass die Betriebskosten trotz der gestiegenen Einsatzzahlen sehr moderat gehalten werden konnten.

Beschlussvorschlag für den Kreistag:

Die Betriebsabrechnung 2016 für das Notarztsystem des Kreises Mettmann weist einen Überschuss in Höhe von 858.085,46 € aus.

Der Überschuss wird gemäß § 44 Abs. 6 Kommunalhaushaltsverordnung NRW (KomHVO NRW) zeitversetzt dem Sonderposten „Gebührenaussgleich Notarztsystem“ zugeführt. Im Jahresabschluss 2016 wurde bereits ein vorläufiges Ergebnis i. H. v. 875.000 € verbucht, in 2019 wird somit lediglich die Korrektur i. H. v. 16.914,54 € ergebniswirksam als Ertrag verbucht.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 9:	Mobile Retter im Kreis Mettmann hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 24.01.2019 - Vorlage Nr. 32/005/2019
--------------------	---

Herr Hanheide teilt mit, dass die derzeitigen Aktivitäten der Verwaltung bezüglich des Einsatzes Mobiler Retter bereits in der Vorlage dargestellt wurden. Es sei auch bereits Kontakt mit dem Kreis Gütersloh aufgenommen worden. Auf Wunsch des Ausschusses könnten der zuständige Dezernent sowie der Ärztliche Leiter des Rettungsdienstes zudem in der kommenden Ausschusssitzung über ihre Erfahrungen berichten.

Beschluss:

Die Verwaltung prüft weiterhin, inwieweit das Projekt „Mobile Retter“ auf den Kreis Mettmann übertragen werden kann. Dabei sollte der Kreis Gütersloh hinsichtlich seiner bisherigen Erfahrungen befragt und eingeladen werden, im Fachausschuss zu berichten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 10:	Nutztier- und Schlachtbetriebe im Kreis Mettmann - Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vom 27.02.2019 - Vorlage Nr. 39/001/2019
---------------------	---

Die Ausführungen der Verwaltung wurden als Tischvorlage (*Anlage 3*) zur Verfügung gestellt.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Zu Punkt 11: Nachträge

Zu Punkt 11.1: Auskunft über Gewerbebetriebe mit Lebensmittelbezug nach dem Verbraucherinformationsgesetz (VIG) - Anfrage der CDU-Fraktion vom 07.03.2019 - Vorlage Nr. 39/002/2019
--

Die Ausführungen der Verwaltung wurden ebenfalls als Tischvorlage zur Verfügung gestellt (Anlage 4).

Herr Hanheide erläutert, dass aus Sicht der Verwaltung das Problem der App in der Leichtigkeit bestehe, mit der die Nutzer Anfragen stellen und so ein umfangreiches Verwaltungsverfahren auslösen können. Der entstehende Verwaltungsaufwand könne nicht adäquat geltend gemacht werden, da einfache Anfragen grundsätzlich gebührenfrei seien. Es werde jedoch prognostiziert, dass die Anzahl der Anfragen abnehme. Daher hätten bisher keine weiteren Personalkapazitäten beantragt werden müssen.

Der Ausschuss werde über die weitere Entwicklung informiert.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Die Nichtöffentlichkeit wird um 16:43 Uhr hergestellt.

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 16:50 Uhr

gez.
Udo Switalski

gez.
Cornelia Brinkhoff